DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 8 – 199

Änderungsanträge zum Europawahlprogramm

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 27. Oktober 2023

Beschluss:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, nachfolgende Änderungsanträge an den Bundesparteitag einzureichen.
Anlagen:	Änderungsanträge
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

F.d.R.

Dresden, 27.10.2023

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer

A) Änderungsanträge Präambel:

1) Ersetzung Zeile 40 ab Satzanfang bis Zeile 44 Satzende

“Gleichzeitig hat die europäische Idee an ihrer eigenen Umsetzung Schaden genommen, weil sie gegenüber Menschen mit wenig politischer oder wirtschaftlicher Verhandlungsmacht in Form der EU auch Neoliberalismus und Sparpolitik auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wo nach der Euro-Krise die Troika gewütet hat, ist Europa keine Hoffnung auf Frieden und Freiheit, sondern der Grund für Sozialabbau und Privatisierung. Im Namen des gemeinsamen Marktes wurden Regeln vereinheitlicht, Handelshemmnisse abgebaut, Güter- und Warenverkehr ebenso liberalisiert, wie die Freizügigkeit für Arbeitnehmer*innen durchgesetzt - zu oft auf Kosten von auf nationaler Ebene erkämpfter sozialer Sicherheiten und öffentlicher Infrastruktur.

Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten und Fehlkonstruktionen darf es jedoch hinter den politischen Erfolg der europäischen Integration kein Zurück zum Nationalstaat geben. Wir wissen aber: Folgt auf die negative Integration durch das Angleichen von Regeln in Bürokratie und Wirtschaft und das Erzwingen eines schlanken Staats in allen Mitgliedsländern keine positive Integration durch sich angleichende Sozial-, Arbeits- und Lebensstandards, durchgesetzt auf der Basis gemeinsamer demokratischer Entscheidungen, ist die europäische Idee als Ganzes in Gefahr. Eine EU die soziale Sicherheit auf nationaler Ebene abbaut, ohne sie auf europäischer Ebene zu schaffen, wird auf Dauer keine Mehrheiten in ihren Mitgliedstaaten haben.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: einstimmig

---

2) Ersetzung 117-125

“In Zeiten einer außenpolitischer Neuordnung der globalen Machtverhältnisse hin zu einer multipolaren Weltordnung könnte die Europäische Union ein Stabilitätsanker werden: Für eine gerechte Welthandelsordnung, für Völker- und Menschenrecht, für die diplomatische Beilegung von Konflikten, Rechtsstaatlichkeit, für eine ökologische Ökonomie, durchgesetzt und angetrieben von einem starken, ordnenden Staat, der im Sinne seiner Bevölkerung agiert. Sie darf dabei als eigenständiger Akteur unter keinen Umständen in den Chor imperialer Staaten wie den USA oder Russland und in Teilen auch Chinas einstimmen. Globalisierung durch die Aufteilung der Welt in Einfluss- und Handelszonen zurückzudrehen, anstatt sie endlich gerecht zu gestalten, führt zurück in die Logiken von Blockkonfrontation, Handelskonflikten und Aufrüstung. Im Aufgabenbuch der Menschheit als Ganzes stehen andere Aufgaben: Das bestmögliche Abwenden der Klimakatastrophe, die Herstellung von ökonomischer Gerechtigkeit gegenüber dem globalen Süden, die Bekämpfung von Krankheit und Hunger, Ausgrenzung und Ausbeutung. Damit die EU ihren Teil an der Erfüllung dieser Aufgaben leistet, kämpfen wir für ihre radikale Umgestaltung.“

Abstimmungsergebnis mit geänderter Fassung:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

---

3) Ersetzung 154-59 Satzanfang bis Satzende:

„Am Beispiel der jüngsten Preisentwicklungen wird sichtbar, dass der Kampf um eine gerechte Gesellschaft auch ein Kampf um die Deutungshoheit ist: Während Unternehmen real gestiegene Rohstoffpreise und die Kosten unterbrochener Lieferketten auf die Preise umlegten, riefen die Politikerinnen und Politiker der Regierung zum kollektiven „den-Gürtel enger schnallen“ auf. Aus blieb der Aufruf zum “den-Gürtel-enger-schnallen“ an die Aktionär*innen und Gesellschafter, als die

Rohstoff- und Energiepreise wieder sanken, die Verbraucherpreise aber hoch blieben und die daraus entstehenden Extraprofite auf die Konten der Konzerneigner gebucht wurden. Die Preise ritten der Lohnentwicklung davon- Und während die Energie- und Lebensmittelkartelle und Digitalkonzerne sich die Taschen auf Kosten der Bevölkerung voll machen, erklären Lobbyisten, neoliberale Ökonomen und die politischen Vertreter*innen der Kapitalinteressen in aller Öffentlichkeit, dass zwar alles steige, die Löhne und Sozialleistungen aber leider nicht steigen können, weil das die Inflation befeuere. Als Vorwand dafür müssen eine drohende „Lohn-Preise-Spirale" und die Friedenspflichten der korporatistischen Sozialpartnerschaft herhalten. Mit der Lohnentwicklung hatte die Preisbildung ab dem Sommer 22 wenig zu tun. Erst waren es Rohstoff- und Energiepreise, die die Preise nach oben gedrückt haben. Dann war es die Profitlogik, die dafür sorgte, dass sie nicht wieder sanken."

Abstimmungsergebnis mit geänderter Fassung:

dafür: einstimmig

---

4) Ersetzung 185-193

Wir streiten für ein Primat der Politik über die Wirtschaft! Ein Gemeinwesen, dass die eigene Souveränität wahren will, muss Reichtum so besteuern, dass er nicht zu dem Problem für die Demokratie wird. Ein Gemeinwesen, dass die eigene Souveränität wahren will, kann sich nicht von Finanzspekulation in die Staatsschulden hineinreden lassen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Sondervermögen! Schuldenbremse, Austerität und schwarze Null stehen in ganz Europa für Sozialabbau, marktförmige Demokratie und Investitionsstau. Wir wollen in die Zukunft investieren - frei von Armut, Ausbeutung und im Einklang mit unserem Planeten!

Abstimmungsergebnis:

dafür: einstimmig

B) Änderungsanträge zu Bürgerräten und Grenzschließungen bzw. Stationären Grenzkontrollen:

5) Ergänzung nach Zeile 3268:

Für mehr Bürger*innenräte zur Stärkung der Demokratie!

Zur Stärkung und Verbesserung von Mitsprache und Teilhabe der Bürger*innen bei europapolitischen Themen und Angelegenheiten fordern wir die europaweite Einrichtung von Bürger*innenräten oder Büger*innenforen. Diese sollen die Möglichkeit bekommen, bei verschiedenen Entscheidungen und europapolitischen Angelegenheiten Stellungnahmen abzugeben. Die Teinehmer*innen der Bürger*innenräten oder -foren werden zufällig aus der Bevölkerung gelost, die so entstandene Diversität ist einzigartig. Ein Bürger*innenrat bietet so die Möglichkeit, Menschen aktiv in die politische Willensbildung einzubinden. Ein Beispiel dieser Form der Bürger*innenbeteiligung ist der Citizens Assembly in Irland, welcher die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes in dem Land maßgeblich beeinflusst hat.

Abstimmungsergebnis:

dafür: einstimmig

---

6) Ersetzung Zeile 3647:

Binnengrenzen offenlassen!

Mit Schrecken stellen wir fest, dass Grenzkontrollen im Schengenraum und jetzt auch in Deutschland wieder eingeführt werden. Diese sogenannten stationären Grenzkontrollen, welche an den EU-Innengrenzen zu Tschechien und Polen stattfinden, sollen zur Unterbindung der sogenannten Schleuserkriminalität dienen. Dies ist auf vielen Ebenen falsch und problematisch. Die Bewegungsfreiheit im Schengenraum ist seit 1995 einer der großen Fortschritte der EU, hinter welchen wir nicht zurückfallen wollen. Die faktische Schließung der Binnengrenzen erzeugt darüber hinaus einen nicht abzusehenden wirtschaftlichen und persönlichen Schaden. Die Mehrkosten durch den Einsatz der Bundespolizei und die Verzögerungen des Pendler- und Handelsverkehrs werden massive Kosten verursachen. Des Weiteren haben Menschen jederzeit das Recht, in dem Land in welchem sie sich befinden, Asyl zu beantragen. Diese Asylsuchenden dürfen nicht zurückgewiesen werden. Zurückweisungen sind nur dann zulässig, wenn die temporäre Schließung der Binnengrenzen bei der EU-Kommission notifiziert wurde. Für uns steht fest, dass wir allen Menschen ein Recht auf das Beantragen von Asyl gewährleisten wollen. Stationäre Grenzkontrollen sind aus wirtschaftlicher und asylrechtlicher Sicht unsinnig, und erschweren nur das Leben der Pendler*innen und des Handelsverkehrs. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass die EU-Binnengrenzen offenbleiben.

Begründung: Schließung Binnengrenzen nur als kleiner Nebensatz, wir wollen aber eigenständigen Absatz da aktuell!

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

dafür: einstimmig